

Mandantenfragebogen

Bitte füllen Sie diesen Fragebogen möglichst vollständig aus.

Wenn Sie bereits Mandant bei uns sind oder waren, reicht die Angabe Ihres vollständigen Namens:

Name, Vorname Firma:	_____
Gesetzlicher Vertreter:	_____
Geburtsdatum:	_____
Anschrift Geschäftssitz:	_____
PLZ, Ort:	_____

Telefonnummer:	_____
Mobilfunk:	_____
Faxnummer:	_____
E-Mail:	_____

Bank:	_____
IBAN:	_____
BIC:	_____

Rechtsschutzversicherung:	_____
Versicherungsnummer:	_____
Schadennummer:	_____

Name, Vorname (Gegner):	_____
Ges. Vertreter (Gegner):	_____
Geburtsdatum (Gegner):	_____
Anschrift (Gegner):	_____
PLZ, Ort (Gegner):	_____

Telefonnummer (Gegner):	_____
Mobilfunk (Gegner):	_____
Faxnummer (Gegner):	_____
E-Mail (Gegner):	_____

Bank (Gegner):	_____
IBAN (Gegner):	_____
BIC (Gegner):	_____

Gegnerischer Anwalt:	_____
Kanzleisitz:	_____
Kontaktdaten:	_____

- Allgemeine Mandatsbedingungen (AMB) -

Es gelten die folgenden **Allgemeinen Mandatsbedingungen (AMB)**, soweit nicht etwas Anderes schriftlich vereinbart worden ist:

- Bei Angabe einer E-Mail-Adresse sind Sie bis auf Widerruf oder anderslautende Weisung damit einverstanden, dass Ihnen alle mandatsbezogenen Informationen und Unterlagen auf die angegebene E-Mail-Adresse versendet werden.
- Soweit nichts Anderes schriftlich vereinbart worden ist, wird unsere Tätigkeit nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) und in Zivilsachen nach dem Gegenstandswert der Tätigkeit abgerechnet. Der Mandant ist verpflichtet, auch solche Gebühren zu tragen, die Rechtsschutzversicherungen üblicherweise nicht übernehmen. Dies gilt insbesondere für Auslagen nach Teil 7 der Anlage 1 zu §§ 2, 13 RVG wie Reisekosten, Abwesenheitsgelder etc. Wir behalten uns vor, auf die Abrechnung dieser Gebühren im Einzelfall zu verzichten.
- Die Einholung einer Deckungszusage bei Ihrer Rechtsschutzversicherung ist grundsätzlich nicht kostenlos, sondern ein von dem Mandat unabhängiger zusätzlicher Auftrag, der ebenfalls nach Maßgabe der Nr. 2 abzurechnen ist. Soweit die Einholung einer Deckungszusage ohne großen Aufwand erfolgt, behalten wir uns vor, auf die Abrechnung dieser zusätzlichen Gebühren zu verzichten.
- Wir beginnen nach Auftragserteilung unverzüglich mit der Mandatsbearbeitung. Sollte die von Ihnen angegebene Rechtsschutzversicherung die Übernahme etwaiger Kosten verweigern, sind Sie verpflichtet, die durch unsere bisherige Tätigkeit entstandenen Anwaltsgebühren zu tragen. Dies gilt nicht, wenn Sie uns ausdrücklich anweisen, mit der Mandatsbearbeitung bis zur Erteilung der Deckungszusage zu warten. In diesem Fall haften wir nicht für Schäden, die Ihnen durch die verspätete Erteilung einer Deckungszusage Ihrer Rechtsschutzversicherung entstehen.
- Die Haftung der Rechtsanwälte Dr. Kruse & Partner GbR (Gesellschaft) sowie der mit dem Auftrag befassten Anwälte für Sach- und Vermögensschäden wird aufgrund dieser Vereinbarung auf einen Betrag von 1.000.000,00 € (in Worten: Eine Million EURO) beschränkt, soweit diese nicht auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung beruhen. Die Haftungsbeschränkung gilt nicht für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers und der Gesundheit, die auf einer schuldhaften Pflichtverletzung der Gesellschaft oder der mit dem Auftrag befassten Anwälte oder eines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen beruhen.
- Bis zur vollständigen Begleichung der Gebührenforderungen aus allen zwischen Ihnen und uns bestehenden Mandatsverhältnissen sind wir berechtigt, eingehende Zahlungen mit den Gebührenforderungen zu verrechnen.
- Die Aufrechnung mit Ansprüchen gegenüber unseren Honorarforderungen ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht, soweit Ihre Gegenforderung unbestritten oder rechtskräftig festgestellt worden ist.
- Die vorstehenden Bedingungen geltend auch für künftige mit Ihnen abgeschlossene Mandate, soweit nichts Anderslautendes schriftlich vereinbart worden ist.

Ort, Datum

Unterschrift(en)

Hinweise zur Datenverarbeitung

Durch Inkrafttreten der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) am 25.05.2018 sind wir verpflichtet, bei der Erhebung, Speicherung, Verarbeitung und Verwendung personenbezogener Daten den gesetzlichen Vorschriften zu entsprechen:

1. Verantwortlicher und Datenschutzbeauftragter:

Die Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Verantwortlicher:

Rechtsanwälte Dr. Kruse & Partner, Bergischer Ring 11, 58095 Hagen, E-Mail: info@kruse-rae.de, Tel.: 02331/31041, Fax: 02331/31046

Datenschutzbeauftragter:

Rechtsanwalt Moritz Raspe, Bergischer Ring 11, 58095 Hagen, E-Mail: m.raspe@kruse-rae.de, Tel.: 02331/31043, Fax: 02331/31046

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck deren Verwendung:

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname
- gültige E-Mailadresse
- Anschrift
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Informationen, die für die Wahrnehmung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt:

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können
- zur Korrespondenz mit Ihnen
- zur Rechnungstellung
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit b) DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Pflichtenerfüllung notwendig.

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

3. Weitergabe von Daten an Dritte:

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. B) DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben.

Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Wahrnehmung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

4. Betroffenenrechte:

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden

5. Widerspruchsrecht:

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Zur Ausübung des Widerspruchsrechts genügt eine E-Mail an info@kruse-rae.de

Die vorstehenden Informationen habe ich gelesen:

Ort, Datum

Unterschrift(en)

Vollmacht in Straf- und OWi-Sachen

Rechtsanwalt Peter Raspe, Bergischer Ring 11, 58095 Hagen, Tel.: 02331 – 310 41, Fax: 02331 – 310 46, E-Mail: info@kruse-rae.de,

Rechtsanwalt Moritz Raspe, Bergischer Ring 11, 58095 Hagen, Tel.: 02331 – 310 41, Fax: 02331 – 310 46, E-Mail: info@kruse-rae.de,

Rechtsanwalt/Rechtsanwältin _____

wird in Sachen: _____

wegen _____

sowohl Prozessvollmacht gemäß § 81 ff ZPO, §§ 302, 374 StPO, § 67 VwGO und § 73 SGG als auch Vollmacht zur außergerichtlichen Vertretung erteilt.

Diese Vollmacht erstreckt sich insbesondere auf folgende Befugnisse:

1. Abgabe und Entgegennahme von Willenserklärungen und Vornahme einseitiger Rechtsgeschäfte, insbesondere Begründung und Aufhebung von Vertragsverhältnissen.
2. Entgegennahme von Zustellungen und sonstigen Mitteilungen, Einlegungen und Rücknahme von Rechtsmitteln sowie Verzicht auf solche, Erhebung und Rücknahme von Widerklagen – auch in Ehesachen.
3. Beseitigung des Rechtsstreits durch Vergleich, Verzicht oder Anerkenntnis.
4. Geltendmachung von Ansprüchen gegen Schädiger, Fahrzeughalter und deren Versicherer und Akteneinsicht.
5. Entgegennahme und Freigabe von Geld, Wertsachen, Urkunden und Sicherheiten, insbesondere des Streitgegenstandes, von Kautionen, Entschädigungen und der vom Gegner, der von der Justizkasse oder anderen Stellen zu erstattenden Kosten und notwendigen Auslagen.
6. Übertragung der Vollmacht ganz oder teilweise auf andere.
7. Verteidigung und Vertretung in Bußgeldsachen und Strafsachen in allen Instanzen, auch für den Fall der Abwesenheit sowie auch als Nebenkläger, Vertretung gemäß § 411 Abs. 2 StPO mit ausdrücklicher Ermächtigung gemäß § 233 Abs. 1 StPO. Vertretung in sämtlichen Strafvollzugsangelegenheiten.
8. Strafanträge zu stellen und zurückzunehmen sowie die Zustimmung gemäß §§ 153 und 153 a StPO zu erteilen.
9. Entschädigungsanträge nach dem StrEG zu stellen.
10. Vertretung vor den Familiengerichten gemäß § 78 ZPO sowie Abschluss von Vereinbarungen über Scheidungsfolgen und Stellung von Anträgen auf Erteilung von Renten- und sonstigen Versorgungsauskünften.
11. Vertretung vor den Verwaltungsgerichten und Sozialgerichten sowie in deren Vorverfahren.
12. Vertretung vor den Arbeitsgerichten.
13. Vertretung im Insolvenz- oder Vergleichsverfahren über das Vermögen des Gegners und in Freigabeprozessen sowie als Nebenintervenient.
14. Alle Nebenverfahren, z. B. Arrest und einstweilige Verfügung, Kostenfestsetzung, Zwangsvollstreckung einschließlich der aus ihr erwachsenden besonderen Verfahren, Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung und Hinterlegungsverfahren.
15. Die Vollmacht erstreckt sich nicht auf die Entgegennahme von Kfz-Restwertangeboten.

Kostenerstattungsansprüche und sonstige Ansprüche des Auftraggebers gegenüber dem Gegner, der Justizkasse oder anderen erstattungspflichtigen Dritten werden in Höhe der Kostenansprüche der beauftragten Anwälte an diese abgetreten. Die Rechtsanwälte sind berechtigt, die Abtretung im Namen des Auftraggebers dem Zahlungspflichtigen anzuzeigen. Mehrere Auftraggeber haften gesamtschuldnerisch.

Der mit der Vollstreckung beauftragte Obergerichtsvollzieher wird gebeten, die eingezogenen Beträge an die Bevollmächtigten auszuzahlen.

Der Auftraggeber erklärt, dass die von ihm zu entrichtenden Gebühren legal erworben oder erwirtschaftet wurden.

Der Auftraggeber ist gemäß § 49b Abs. 5 BRAO von den Rechtsanwälten DR. KRUSE & PARTNER vor Übernahme des Auftrages darauf hingewiesen worden, dass Vergütungsansprüche nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) und dem sog. Gegenstandswert abgerechnet werden, soweit nichts Anderes schriftlich vereinbart wurde.

Ort, Datum

Unterschrift(en)

Widerrufsbelehrung

für Verbraucher

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angaben von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen.
Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsschlusses.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns, den Rechtsanwälten Dr. Kruse & Partner, Bergischer Ring 11, 58095 Hagen, Tel.: 02331/31041, Fax: 02331/31046, E-Mail: info@kruse-rae.de, mittels einer eindeutigen Erklärung (z.B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist.
Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie den Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstige Standardlieferung gewählt haben) unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen während der Widerrufsfrist beginnen soll, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich des Vertrages unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

Besondere Hinweise

Das Widerrufsrecht erlischt, bei einem Vertrag zur Erbringung von Dienstleistungen (wie hier), wenn die Dienstleistung vollständig erbracht wurde und mit der Ausführung der Dienstleistung erst begonnen wurde, nachdem der Verbraucher dazu seine ausdrückliche Zustimmung gegeben hat und gleichzeitig seine Kenntnis davon bestätigt hat, dass er sein Widerrufsrecht bei vollständiger Vertragserfüllung durch den Unternehmer verliert.

Ich habe diesen Hinweis zur Kenntnis genommen, davon eine Abschrift erhalten und stimme ausdrücklich zu, dass die Ausführung der Dienstleistung(en) der Rechtsanwälte Dr. Kruse & Partner vor Ablauf der Widerrufsfrist beginnt.

Ort, Datum

Unterschrift(en)

----- hier abschneiden -----

Muster - Widerrufsformular

für Verbraucher

Füllen Sie dieses Formular nur dann aus, wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen. Die Verwendung dieses Formulars ist nicht vorgeschrieben. Es reicht eine eindeutige Erklärung über Ihren Willen, den Vertrag widerrufen zu wollen.

An:
Rechtsanwälte Dr. Kruse & Partner
Bergischer Ring 11
D-58095 Hagen

Hiermit widerrufe(n) ich/wir(*) den von mir/uns(*) abgeschlossenen Anwaltsvertrag in Sachen _____
*Unzutreffendes bitte streichen!

Ihr(e) Name(n): _____

Ihre Anschrift: _____

Ort, Datum

Unterschrift(en)